



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 29. März 1881.

Nr. 148.

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin in der **Expedition monatlich 50 Pfennige**, mit Bringerlohn 70 Pf. Die Redaktion.

## Deutscher Reichstag.

23. Sitzung vom 28. März.  
Präsident v. Götter eröffnet die Sitzung um 12<sup>1/4</sup> Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Reichskanzler Fürst Bismarck, Scholz, von Mayr und von Bötticher.

### Tagesordnung:

Erste Berathung der Gesetzentwürfe über die Brausteuer und die Reichsstempelabgaben in Verbindung mit der denselben beigefügten Denkschrift.

Abg. Dr. Lasker: Er wisse nicht, von wem die Denkschrift ausgeht, aber er glaube annehmen zu dürfen, daß dieselbe den Herrn Reichskanzler selbst zum Verfasser hat. Der Zweck derselben sei kaum ersichtlich, wenn man nicht annehmen will, daß sie nur ein Bild entrollen soll über die Vorzüge der indirekten Steuern. Jedenfalls stehe sie doch in direktem Widerspruch mit der Wehrsteuervorlage. Eine Vergleichung mit Zahlen anderer Länder sei mißlich, es komme ihm das so vor, als wenn eine arme Familie deshalb ihre Ausgaben steigern wolle, weil eine reiche Familie die ihrigen gesteigert hat. Es werde doch immer auf das Bedürfnis ankommen. Man müsse doch zunächst fragen, wie hoch sich das aktive oder passive Vermögen eines Staates beläuft, wie viel indirekte Steuern andere Staaten haben. Ferner: wie steht es mit den direkten Steuern in den anderen Staaten? In keinem anderen Lande seien die direkten Steuern so niedrig, wie in Preußen-Deutschland. Redner weist dies zahlenmäßig nach und giebt eine eingehende Uebersicht der indirekten und direkten Steuern fast aller Länder Europa's und Amerikas pro Kopf der Bevölkerung. Fast alle Staaten seien neben den indirekten auch mit direkten Steuern schwer belastet; überall werde ein Gewicht darauf gelegt, ein gemischtes System von direkten und indirekten Steuern aufrecht zu erhalten. Alle diese Staaten seien ihrer großen Schuldenlast wegen gezwungen, die indirekten Steuern so enorm zu erhöhen; sie müßten, um ihre Schulden zu verzinsen, so viel mehr an indirekten Steuern aufbringen, als Deutschland. Redner macht darauf aufmerksam, daß England und Frankreich auch um deshalb so viel an indirekten Steuern aufbringen, weil die Getränkesteuer so hoch sei. In England bringe die Getränkesteuer über 500 Millionen Mark, Paris für sich allein liefere 25 Millionen Francs an Getränkesteuer. Deutschland sei indessen nimmermehr im Stande, so hohe Beträge an Getränkesteuer aufzubringen, möge man eine Gelderwerbspolitik einführen, welche man wolle. Er sei dafür, daß das altbewährte preussische gemischte System intakt bleibe, er sei dagegen, daß man das eine System zu Gunsten des anderen an schwärze, wie es in der Denkschrift geschehe. Man könne weder das eine noch das andere System in Vausch und Bogen beurtheilen. Es sei ja durchaus rich-

tig, daß, wenn indirekte Steuer auf solche Gegenstände gelegt werde, welche unbeschadet der berechtigten Bedürfnisse des Volkes damit belastet werden können, sie als eine gute bezeichnet werden müsse, so z. B. auf Tabak und Spiritus, in den Fällen aber, wo die indirekte Steuer an die Grenze hinan kommt, daß sie die Konsumenten zu Ersparnissen notwendiger Lebensmittel zwingt, wirke sie schädlich. Es sei in dem ganzen System dieser Steuerpolitik — so viel man auch vom armen Manne spreche — nichts weiter als eine aristokratische Politik zu Gunsten der Bessersituirten höherer Klassen. Schon der Umstand, daß man sich noch immer weigere, an eine Erhöhung der Spiritus- und der Erbschaftsteuer heranzutreten, sei für ihn ein positiver Beweis, daß man in der That nur solche Objekte auswähle, welche zunächst und am schwersten den armen Mann belasten. Die Behauptung in der Denkschrift, daß die indirekte Steuer nur scheinbar die Konsumenten treffe, sei nicht zutreffend; nur bei einzelnen Artikeln, welche von der Konjunktur abhängig sind, könne allenfalls von einer Abwälzung der Steuern gesprochen werden. Die Abwälzungstheorie sei ungemein schwierig. Die indirekten Steuern müßten unter allen Umständen von der Gesamtheit der Nation aufgebracht werden. Redner wendet sich nunmehr zu dem allgemeinen Inhalt der Vorlagen und wirft die Frage auf: Warum der Reichstag neue Steuern aufbringen solle, da die Regierung selbst anerkenne, daß die bewilligten Steuern die gegenwärtigen Bedürfnisse decken. Es werde darauf geantwortet, die neuen Steuern sollten zur Steuerreform in den Einzelstaaten Verwendung finden. Der Herr Reichskanzler wolle die Schul-, die Armenlasten und die Kosten für die Polizei auf den Staat übernehmen. In welche Art von Absolutismus, von Staatsomnipotenz würden wir auf diese Weise hineinkommen? Nach welchem Maßstabe soll denn die Vertheilung bewirkt werden? Ein Zustand, die Ausgaben der Kommune aus Staatsmitteln zu decken, sei undenkbar und für eine wirkliche und wahrhafte Selbstverwaltung unmöglich. Jedenfalls aber müßte der Geldbewilligung die Reform in den Einzelstaaten vorangehen, es sei unmöglich, Einnahmen zu bewilligen, ehe man die Ausgaben kennt. Wo sind die Garantien dafür, daß die hier bewilligten Einnahmen auch für die in Aussicht genommenen Zwecke in der That wirklich Verwendung finden werden. Redner warnt dringend davor, diese Steuern zu bewilligen, um Unheil von unserem Vaterlande fern zu halten.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Wenn der Abg. Lasker hier stehen die Frage aufgeworfen hat, auf welche Weise ich durch Uebernahme der Armen- und Schullasten den Gemeinden zu Hülfe kommen will, so schwebt mir der Gedanke vor, daß ich im ganzen Reiche eine Alters- und Invalidenversorgung-Anstalt eingeführt sehen will mit staatlicher Unterstützung, ähnlich wie die Thnen jetzt vorgelegte Arbeiterversicherung. Wenn dieses Ziel auch erst in einem Menschenalter erreicht werden kann, so muß doch der Weg dazu betreten werden, und es würde nichts nützen, die Armenlasten auf größere Verbände vertheilen zu wollen, wenn nicht der Staat hinzutritt. Den Gemeinden die Schulden abzunehmen, wäre doch noch viel einfacher und scheinen mir damit die scherzhaften Bilder des Herrn Vorredners widerlegt zu sein. Der Konflikt zwischen dem Grafen Eulenburg und mir ist nicht aus einer Abneigung meinerseits gegen die Selbstverwaltung entstanden, sondern aus Meinungsverschiedenheiten über die Formen der Ausführung. Wenn nun der Vorredner keine Staatsomnipotenz will, so will ich ebenso wenig eine Zerstückelung des Staates in lauter kommunale Republiken. Die Frage nach dem Urheber der Denkschrift brauchte nicht gestellt zu werden, da in dem Ansprechen gesagt ist, ich überreichte im Namen Sr. Maj. des Kaisers drei Gesetzentwürfe und dazu diese Denkschrift. Ich wollte damit die Äußerungen mehr oder weniger zwei Stunden langen Reden ersetzt wissen, die früher die Minister bei Einbringung einer Vorlage hier zu halten pflegten. Ich übernehme die Verantwortlichkeit für die im Namen Sr. Maj. vorgelegte Denkschrift, die von Ihm gutgeheißen ist. Es liegt hier eine kaiserliche Meinungsäußerung vor, für die ich die Verantwortung übernehme. Der Reichstag und die Nation haben ein Recht, zu wissen, wohn die

Intentionen gehen, die die Reichsregierung leiten, und ich hatte in der Denkschrift die Absicht, die Richtung der Intentionen dieses wichtigen Faktors im Verfassungsleben zu geben, wie es so oft von mir gewünscht worden ist. Nun ich das aber gethan, finde ich wieder nur eine unfruchtbare Kritik. Ich glaube, daß die Bevölkerung, namentlich aber auch die Wähler, ein Recht darauf haben, zu wissen, worauf wir in der Zukunft hinaus wollen. Der Bundesrath ist nicht in der Lage, für die Zukunft Beschlüsse zu fassen. Ich bin mir bewußt, mit meinen Kollegen einig zu sein und bin es auch mit meinem Herrn und Kaiser, König von Preußen, der im Bundesrath über 17 Stimmen verfügt und damit einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Initiative hat. — Der Plan ist in dem Altentst, das vor Ihnen liegt, nur unvollständig ausgeführt und ich habe darauf gerechnet, daß die Diskussion dazu Gelegenheit geben würde, diese Skizze weiter auszuführen, an Material dazu fehlt es mir nicht. Wenn ich wiederholt den Ausdruck Reichsregierung gebrauche, so muß man sich darüber verständigen, was ich darunter verstanden wissen will. Eine Reichsregierung im Sinne der Landesregierungen haben wir nicht, ich acceptire aber den Ausdruck seiner Kürze wegen für den Stab des Reichskanzlers, nicht für den Bundesrath, diesen würde ich verbündete Regierungen nennen. Von der Rede des Vorredners habe ich den Eindruck, daß wir über die wesentlichen Zwecke der Steuerreform einig sind, und wenn die Denkschrift von anderer Seite vorgelegt wäre, so hätte er sie vielleicht anders beurtheilt. Der Vorredner hat für Tabak und Getränke eine höhere Besteuerungsfähigkeit zugegeben, also in diesem Punkte sind wir einig. Wenn er nun aber nur den Branntwein, nicht das Bier besteuern will, so sind wir allerdings darin nicht einig. Der Branntwein ist doch wesentlich das Getränk des ärmeren Mannes, der, was der Vorredner wohl noch nie Gelegenheit gehabt hat zu versuchen, oft Stunden lang in jeder Unbill der Witterung schwere körperliche Arbeiten thun muß; da kann er sich nur durch einen Schluck Branntwein erholen, nicht durch bairisches Bier. (Heiterkeit.) Wenn der Vorredner nur einmal versucht hätte, auch nur ein Schwätz auf einer Wiese zu machen (Heiterkeit), so würde er wissen, daß das bairische Bier keine Erfrischung giebt, und das ist doch eine Arbeit, die der Arbeiter oft hundertfach an einem Tage wiederholen muß. Das Bier ist bei uns in Deutschland lediglich ein Mittel, um die Zeit tot zu schlagen. (Heiterkeit.) Wenn der Deutsche sein Quantum Bier getrunken, geht er mit dem Bewußtsein nach Hause, daß er nun seine Schuldigkeit gethan habe. (Heiterkeit.) Die Frage der Besteuerung des Branntweins als Fabrikat oder als Schanksteuer ist für mich auch noch nicht entschieden. Auch die Nichtangriffnahme der Erbschaftsteuer trifft nicht zu. Ich bin nicht Finanzminister, aber wenn Herr Camphausen hier wäre, würde er mir bezeugen müssen, daß jede Initiative zur Revision der Stempelgesetze, schon seit dem Minister Bodelschwingh, von mir ausgegangen ist. Es muß mich sehr wundern, daß ein so gewandter Jurist wie der Vorredner so viel auf Indizienbeweise giebt, aber einem schweren Verbrecher gegenüber würde er wohl kaum so viel Indizien vorbringen als gegenüber den Ministern. (Heiterkeit.) Also auch hier wieder eine Behauptung, die nicht mit der Wahrheit übereinstimmt. Die Denkschrift hat aber auch den Zweck, den Wählern zu sagen, für welche Zwecke wir die neuen Steuern verlangen und ihnen zu sagen: wolt ihr die Abwälzung der Schulden, die Versorgung der Alten und Invaliden, so werdet ihr gut thun, Jemand zu wählen, der die Regierung unterstützt, wer diese Zwecke nicht will, der wähle fortgeschrittlich. Wer nun unter allen Umständen Opposition machen will, der braucht ja natürlich die Unzufriedenheit in der Bevölkerung und wird an den direkten drückenden Steuern festhalten. Das wissen wir ja. Gegen uns muß man aber keinen Vorwurf erheben, wenn wir zur Klarstellung unserer Intentionen vor das Land treten. (Beifall.) Es soll ein Widerspruch sein gegen den Inhalt der Denkschrift, daß wir die Wehrsteuer vorgelegt haben. Ja, sind wir denn gegen direkte Steuern überhaupt, habe ich nicht stets erklärt, daß ich die Einkommensteuer beibehalten wolle und nur das Einkommen der Koupontabschneider höher besteuern will, als das aus ge-

werblichen Unternehmungen, die viele Mühe verursachen. Was ich als besonders drückend empfinde, ist z. B. die Miethsteuer in Berlin, und da schreie ich, um die abzuschaffen, auch gar nicht vor offener Staatshülfe zurück. Man wird aber nicht die Gemeinden nach Belieben in den Staatsfächer greifen lassen können, sondern man wird im Budget Pauschquantum auswerfen müssen, sei es provinziell oder sei es für Bezirke; die Verwendung geschieht natürlich öffentlich, aber ebenso natürlich unter der Verhinderung, daß ein Ring sich bilde, der diese Dinge beherrscht. Die Grund- und Gebäudesteuer hat mit der Miethsteuer das Uebel gemein, daß sie sich nicht nach dem Vermögen richtet, sondern brutto besteuert und deshalb sollte sie niemals den Maßstab für Zuschläge abgeben. Ich habe niemals für Verminderung der Grundsteuer gestimmt, das ist wieder eine Unwahrheit, die der Abg. Lasker öffentlich verbreitet hat. Obgleich ich die Grundsteuer für eine Belastung des inländischen Getreide- und Brodfruchtbaues halte, will ich sie deshalb doch nicht vermindern, sondern obgleich ich sie objektiv nicht für richtig halte, erhalten, weil ich den Entstellungen, die wir gewohnt sind sich an solche Dinge knüpfen zu sehen, keinen Raum geben will; weil ich nicht behaupten lassen will, es werde hier ein Klassenkampf geführt, um den Armen und Kleinen unter die Füße zu treten und dem verhassten Großgrundbesitzer Vorthelle zu gewähren; weil ich die Meinung kenne, solche Behauptungen auszustreuen, habe ich im Staatsministerium stets gegen die Minderung der Grundsteuer gestimmt. Aber ich wünsche, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer den Städten und Gemeinden überwiesen zu sehen, wo doch wieder die Haus- und Grundbesitzer darüber verfügen würden und haben diese Klassen nicht etwa ebenso viel Antheil an dem öffentlichen und kommunalen Leben, als die Herren Journalisten? Nun giebt es doch nicht bloß reiche und große Grundbesitzer, sondern doch auch sehr viel kleine, die man durch diese Ueberweisung erleichtern könnte und dazu will ich die eigenen Einnahmen des Reiches vermehren. Die Wehrsteuer soll eine gerechtere Vertheilung der Staatslasten herbeiführen; halten Sie diese distributive Gerechtigkeit nicht für richtig, nun gut, so lehnen Sie sie ab, halten Sie eine andere Form für richtiger, so wird sich ja darüber verhandeln lassen. Ich kann nicht bei der schon bestehenden Doppelbesteuerung der Haus- und Grundbesitzer, die der Vorredner wohl nie kennen gelernt hat, mich entschließen, darauf einzugehen. Bei den Wahlen würde auch der Vorredner gut thun, nicht darauf einzugehen und ich meine, die Regierung würde bei den nächsten Wahlen vollständig durchfallen, wenn sie solche Projekte aufstellen wollten und kann ich in keiner Weise zweifelhaft sein, daß nur durch indirekte Steuern die Deckung des Bedarfs möglich ist. Was wollen Sie denn gegen die indirekten Steuern? Als die großen Städte den Fehler machten, die Mahl- und Schlachtsteuer aufzuheben, ist da das Fleisch billiger oder das Brod größer geworden? Werden etwa die Bäcker reicher? Nein, es sind nur mehr Bäcker, mehr Metzger geworden. Und das ist überall der Fall, wo in der Steuergesetzgebung gegen früher eine Lücke eintritt. Da drängt sich der Zwischenhandel hinein zwischen Produzent und Konsument und gleicht die Ermäßigung der Steuer durch seine Aufschläge wieder aus. In der Nationalökonomie kann man nicht so viel auf die wissenschaftlichen Theorien geben, wie Sie es wollen, so wie Sie, wenn Sie schwer krank sind, einen alten, erfahrenen Arzt wünschen und sich wenig daran kehren, ob er auf dem höchsten Punkte der Wissenschaft steht, so müssen Sie auch in jenen Fächern die Erfahrung gelten lassen und diese spricht für mich. Ich bin weniger Schutzzöllner als Finanzzöllner, natürlich werde ich aber bereit sein, unserer Industrie den ihr gebührenden Schutz an der Grenze zu verschaffen, ich halte es für meine Pflicht, jeder Volkseigenschaft die Zufriedenheit zu verschaffen, die sie verlangen kann; ich weiß ja aber auch, daß meine Gegner die Unzufriedenheit nähren wollen, nach ihr streben, nur mit ihr zu kämpfen lassen, sondern ich werde dafür sorgen, daß mein Programm im Lande die größte Verbreitung finde, daß es Jedem zugänglich und allseitig besprochen werde. Ich halte das für mein Recht und für meine Pflicht. (Lang anhaltender Beifall.)

Als weitere Redner traten noch der preussische Finanzminister Bitter und die Abg. Frhr. v. Malshahn-Gülz, von Benda, Löwe (Bochum) und Wiggers (Barmen) auf. — Abg. Frhr. v. Malshahn-Gülz erklärte sich für die Brausesteuer und das Reichstempelgesetz Namens der Konservativen und will morgen die Ansicht derselben über die Besteuerung klarlegen. Von den übrigen eben genannten Abgeordneten brachte namentlich der Abg. Wiggers die bekannten Klagen über die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers wieder vor. Darauf verlas sich das Haus. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. Dr. Rosler und Stumm. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Rest der heutigen. Schluss 4<sup>3/4</sup> Uhr.

#### Ausland.

Wien, 28. März. (B. L.) Ein Brief der „Politischen Korrespondenz“ aus Petersburg meldet: Obgleich der Kaiser die Demission des Grafen Melikow nicht angenommen, sei es doch Thatsache, daß der Graf zahlreiche Feinde habe, welche eine Reaktion befürworten. Momentan ist es schwer zu bestimmen, welche Partei die Oberhand behält. Soviel sei jedoch angeblich sicher, daß die von dem verstorbenen Czaren beschlossenen liberalen Reformen ad calendas graecas verschoben würden. (Das wäre gleich traurig für das russische Volk wie für den Czaren!)

Paris, 28. März. Mehrere Blätter diskutieren lebhaft die Idee einer Campagne der Monarchien gegen das Apsprech der Republik. Die „France“ sieht darin die Pläne Bismarcks und bekämpft dieselben heftig. Heute gab es heftige Szenen in der Kammer. Cassagnac wollte Ferry und Barthélemy benehmen, sie hätten seiner Zeit den Königsmord gutgeheißen; nach der Sitzung forderte Janvier Delamotte Ferry zum Duell. Ferry bezeichnete ebenfalls zwei Zeugen. Es ist sehr unwahrscheinlich geworden, daß das Listenskrutinium vor den Osterferien zur Berathung kommt.

London, 28. März. (B. L.) Zwei der Verbrecher, welche das bekannte Attentat gegen das Mansionhouse versuchten, flüchteten nach Paris. Dieselben sind irisch-amerikanische Genier. Die englische Regierung wird deren Auslieferung als Brandstifter verlangen.

Konstantinopel, 28. März. Gestern hatten die Vorkämpfer eine Besprechung in der griechischen Grenzfrage, nachdem denselben von Seiten ihrer Regierungen Instruktionen betreffend den letzten Vorschlag der Pforte zugegangen waren.

#### Provinzielles.

Stettin, 29. März. Auf die Adresse, welche der Provinziallandtag von Pommern aus Anlaß der Ermordung des Kaisers von Rußland an Se. Majestät den Kaiser gerichtet hat, ist unterm 19. d. M. folgende Antwort eingegangen:

„Die Versicherung des innigsten und herzlichsten Mitgeföhls an meinem Schmerze über den entsetzlichen Tod des Kaisers Alexander II. von Rußland, welcher der Provinziallandtag in der Adresse vom 17. d. M. Ausdruck gegeben hat, ist meinem tiefbetrübten Gemüth ein wahrhafter Trost gewesen. Ich spreche dem Provinziallandtage hiermit meinen aufrichtigen Dank für seine Theilnahme aus. Berlin, 19. März 1881. Wilhelm.“

Herrn Civil-Ingenieur J. Heyn hier selbst ist ein Patent für Neuerungen an Sägeklappen für Sägegatter erteilt.

Nach einem Bericht in Petermanns geographischen Mittheilungen von H. Wichmann, ist ein Pommern, dem Herrn G. Rhode, z. Z. Premier-Lieutenant in der Armee der Argentinischen Staaten, seitens der Landesregierung die Führung einer Entdeckungs-Expedition anvertraut worden, welche einen Paß wieder auffinden soll, der im Norden Patagoniens von Rio Negro aus quer durch die Korbilleren der Südpazifiks Südamerikas, (südlich von Chili) bereits im vorigen Jahrhundert (1715—1717) von einem Jesuitenpater zwar angegeben ist, der aber bis jetzt keine weitere Beachtung gefunden hat. Glücke es, einen solchen Paß resp. Wasserstraße wirklich nachzuweisen, so würde durch dieselbe dem jetzt so viel besprochenen Panama-Kanal-Projekte eine ebenso unerwartete, aber sicherlich erfreuliche Konkurrenz entstehen, welche die gefährvolle Umfchiffung des Kap Horn, auch die doch immer bedenkliche Durchfahrt durch die Magelhaans-Straße unnötig machte. Wünschen wir dem kühnen Forscher und Leiter der militärischen Expedition besten Erfolg und glückliche Heimkehr.

In unserem Bericht über die letzte Versammlung des „Liberalen Wahlvereins“, die gleichzeitig zur ersten des „Wahlvereins der Fortschrittspartei“ wurde, bemerkten wir, daß zum Mitgliede des unter Herrn Dr. Amelung's Führerschaft stehenden Vorstandes des „Wahlvereins der Fortschrittspartei“ auch Herr Gelbigiermeister E. Ludwig gewählt sei. Die uns Herr Ludwig soeben schriftlich mittheilt, ist er in jener Versammlung überhaupt nicht anwesend gewesen und lehnt er eine trotzdem auf ihn gefallene Wahl entschieden ab.

Am 2. und 3. Juni findet in Regenwalde eine landwirthschaftliche Ausstellung statt, verbunden mit Gewerbeausstellung, Pferderennen, Verloosung von Gegenständen aus der Gewerbeausstellung und einer Auktion der zu derselben angemeldeten Thiere. Die Ausstellung wird veranstaltet von den landwirthschaftlichen Vereinen von Regenwalde, Labes, Greifenberg, Ramin,

Gülzow, Raugard, Daber, Wollin und Roman. Während derselben findet auch die Enthüllung des Denkmals für den verstorbenen Deconomierath Sprengel statt und feiert zugleich der Regenwalder Verein das Jubiläum seines 50jährigen Bestehens. Für das Rennen, das am 3. Juni, Vormittags 11 Uhr, stattfindet, sind 4 erste Preise ausgelegt. Herren-Reiten auf inländischen Pferden (Ehrenpreis des Siegers und 300 Mark), Herren-Reiten für Pferde aller Länder (Ehrenpreis und 600 Mark), Trab-Reiten auf inländischen Pferden (Preis 120 Mark) und Bauern-Reiten für ländliche und städtische Adrenwirthe (Preise: dem ersten Pferde 50 M., dem zweiten 30 M., dem dritten 20 M., dem vierten 10 M., dem fünften 4 M., dem sechsten und siebenten 3 M.). Meldungen sind an Herrn Oberstleutnant von Albedyll zu Treptow a. N. zu machen. Ausstellungsprogramme sind vom Ausstellungs-Komitee in Regenwalde zu beziehen.

Das Kuratorium der Böhendorfschen Stiftung zur Beförderung der höheren Gewerbe in Stettin hat nach geschäpener Aufhebung der hiesigen königlichen Gewerbeschule alten Stils den Zöglingen der Halberstädter königlichen höheren Gewerbeschule und der damit verbundenen Fachklasse für Bau- und Maschinen-Techniker die Stipendien dieser Stiftung bis auf Weiteres zugewandt. Es bestehen zwei derartige Stipendien von je 450 M. jährlich während der planmäßigen Ausbildungszeit auf der Gewerbeschule. Unter den Bewerbern haben in erster Linie den Vorzug die Söhne von Beamten bei der Verwaltung der indirekten Steuern in der Provinz Pommern, demnächst diejenigen, welche in der Provinz Pommern domicilirt. Bewerbungsgesuche sind an den Direktor der Gewerbeschule zu richten; die Verleihung der Stipendien erfolgt jahresweise für die Zeit vom 1. Oktober ab seitens der königlichen Regierung, Abtheilung des Innern, zu Stettin.

Aus dieser Entschlieung des Kuratoriums vorgedachter Stiftung ergeben wir mit besonderer Freude, daß sich das Vertrauen zu der neuen Schulform, welche der Einrichtung unserer Gewerbeschule zu Grunde liegt, schon jetzt auf weitere Kreise erstreckt. Damit im Einklange steht der einstimmige Ausspruch der ständigen Kommission für das technische Unterrichtswesen über ihr volles Einverständnis mit den in der Denkschrift über die neue Reform der Gewerbeschulen entwickelten Anschauungen der Unterrichts-Verwaltung, sowie mit den bereits erfolgten und weiter in Aussicht genommenen Schritten. Diese Kommission ist auf Antrag des Abgeordnetenhauses von dem Herrn Unterrichtsminister eingesetzt und besteht außer höheren Beamten der Ministerien des Unterrichts, des Handels und der Gewerbe und der öffentlichen Arbeiten aus 17 fachkundigen Mitgliedern, welche vorzugsweise aus praktischen Berufsstellungen gewählt sind.

Der bekannte Weinhändler Ferd. Wutsdorff ist gestern in Berlin verstorben. Von dem großen Umfange seines Geschäfts zeugt die Thatsache, daß bei seinem vor einigen Jahren ausgebrochenen, mit dem Zusammenbruch der Pommerschen Ritterschaftsbank in Verbindung stehenden Konkurs sich eine Schuldenlast von 7<sup>1/2</sup> Millionen Mark herausstellte. Nach Beendigung des Konkurses nahm W. sein Geschäft zwar wieder auf, gerieth aber bekanntlich auch zum zweiten Male in Vermögensverfall.

Wegen einer ganz geringfügigen Ursache kamen am 12. Dezember v. J. der Zimmergeselle Friedr. Wilh. Nickel und der Tischler Huf, welche bei einem Meister arbeiteten, in Streit; bei dieser Gelegenheit warf Ersterer den Letzteren mit einem Hobel und schlug ihn dann noch in der rohesten Weise mit der scharfen Kante eines Hammers auf den Kopf, so daß H. längere Zeit im Krankenbette zubringen mußte. Wegen dieser Mißhandlung hatte sich Nickel in der heutigen Sitzung des Schöffengerichts zu verantworten und wurde mit Rücksicht auf die bei der That bewiesene Brutalität zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Die verehel. Arbeiter Amalie Hulda Malikus zu Bredow hatte im Sommer v. J. ein Kind in Pflege genommen und erhielt für dasselbe von dem Bredower Orts-Armenvorstand ein monatliches Pflegegeld von 5 M. Trotzdem dieselbe das Kind nur einen Monat in Pflege behielt, erhob sie doch für die weiteren 5 Monate das Pflegegeld. Deshalb wegen Betrug angeklagt, trifft sie eine Gefängnisstrafe von vierzehn Tagen.

Der Arbeiter Wilh. Drews, Feldstraße Nr. 30a wohnhaft, verursachte gestern Nachmittag auf der Baumbrücke dadurch einen großen Menschenauflauf, daß er mit einem gezogenen Messer auf das Publikum losging. Derselbe konnte erst nach längerer Zeit festgenommen und in Haft gebracht werden.

Vorgestern Vormittag wurde auf der Heinrichstraße die Arbeiterfrau Johanna Krüger aus Unterbreow von einem einspännigen Wagen, dessen Pferd scheu geworden war, überfahren. Dieselbe kam jedoch glücklicherweise mit einigen leichten Verletzungen davon.

Aus Bublitz kommt die Kunde, daß in einer der vergangenen Nächte in der Synagoge ca. 25 Fenstersteine eingeworfen wurden. Auf die Nachweisung des Thäters hat der Vorstand der Synagogen-Gemeinde eine Belohnung von 20 M. gesetzt.

In der Zeit vom 20. bis 26. März sind hier selbst 19 männliche, 20 weibliche, in Summa 39 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 17 Kinder unter 5 und 9 Personen über 50 Jahre.

(Konzert.) Das vom blinden Pianisten Herrn Mar Wegener im großen Börsensaal Montag Abend gegebene Konzert fand vor zahlreichem Publikum statt. Das Programm hatte einige Aenderungen erfahren müssen, da Fräulein Schildert in der an demselben Abend stattfindenden Aufführung vom „Waldschütz“ beschäftigt war und auch Herr Beez seine Unterstützung aus irgend welchem Grunde zurückgezogen hatte. Dafür war Fel. Gosselli so liebenswürdig gewesen, die behinderte Kollegin zu ersetzen und sang sie, statt der unter 2, 5 und 7 aufgeführten Piecen des Fel. Schildert und Herrn Beez, aus Fagaro's Hochzeit die Arie „Neue Freuden, neue Schmerzen“, ein Lied von Reinecke „Am Felsenborn“ und Raffs „Keine Sorg“ um den Weg“. Wir haben kaum nöthig hervorzuheben, daß die genannte Dame, obwohl selbst etwas leidend, sämtliche Vorträge in künstlerischer das Publikum befriedigender Weise durchführte. Raff's allbekanntes „Keine Sorg“ um den Weg“ erhielt durch Fel. Gosselli einen so allerliebsten nettschen Vortrag, daß wir diesem Lied die Palme des Abends zuerkennen müssen. Herr Mar Wegener bewies von Neuem die schon früher an ihm gerühmten Vorzüge, die doppelt schwer wiegen, da der jugendliche Künstler leider des Augenlichts gänzlich beraubt ist. Es bleibt bei diesem bedauernswerthen Zustand die brillante Technik des jungen Pianisten um so unerklärlicher. Herr Knopp ist als feinfühler und erzellenter Violinkünstler hier hinreichend bekannt, die beiden Sätze aus dem David'schen Konzert I bekundeten seine Fertigkeit und brachten ihm lebhaften Beifall ein. Die beiden Kompositionen des Herrn Rust konnten uns keinen Geschmack abgewinnen, die Romane würde sich zum Klavier-Salonstück wohl besser eignen, als mit der Violinbegleitung. Die Begleitung der Gesänge und Violin-Vorträge führte Herr Rust dezent und sauber aus.

§ Zempelburg, 25. März. Vergebens wetteifern auch in unserer Gegend die Gutsherrschaften darin, die ländlichen Arbeiterfamilien durch wahre und ernste Aufklärungen über die Illusionen und Gefahren der Auswanderung nach Amerika an den heimathlichen Boden zu fesseln; dasselbe thun vergebens unsere Polizeibehörden und vergebens wird sogar von den diesseitigen Kanakeln herab all das Unglück geschildert, dem die Betrogenen jenseits des Ozeans schon so oft zum Opfer gefallen sind. Massenweise strömen per Fuhrwerk schon seit einigen Tagen auch durch unsere Stadt die Europäiden, meist Bewohner des platten Landes, dem Bahnhof Linde zu, um von dort aus weiter zu fahren. Die letzte Habe wird zu Gelde gemacht und alle diese Elemente, Greise, Kinder, Männer und Frauen, besetzt ein Muth und eine Zuversicht, als wenn drüben in der neuen Heimath nur Glück und Wonne ihrer harren.

§ Schwet, 25. März. Eine aus 7 Mann bestehende Diebsbande, davon 6 Arbeiter von hier, hatte vor einigen Wochen der Besitzerfrau D. aus Abbau Schönau Fleischwaren im Werthe von 75 Mark gestohlen. Die Diebe hatten die mit Brettern vernagelten Fenster der Kammer aufgerissen und, um sich gegen eine Störung im Geschäft seitens der Hausbewohner zu sichern und diesen auch für's Erste das Verlassen der Wohnung unmöglich zu machen, die Thüren von außen zugebunden. Durch das auffällige Benehmen des auswärtigen Diebes bei einem zufälligen Zusammenreffen mit dem Gensdarmen Sch. wurde die Entdeckung der ganzen Bande herbeigeführt. Die Diebe hatten nach dem Diebstahl einen guten Appetit entwickelt, denn sie verzehrten sofort alle Wurst und mußten ihnen hierauf noch ein großer Grapen voll Fleisch gekocht werden. Jeder hatte nach der Vertreibung seinen Antheil an dem Raube auf seine eigene, originelle Art zu verstecken gesucht; so hatte beispielsweise der eine das in Lappen gewickelte Fleisch in Töpfe gelegt, diese nochmals mit Lappen umwunden, dann zwischen die Betten gesteckt und seine beiden Kinder darauf gesetzt. Drei von den Dieben wurden nun am 19. d. Mts. zu je 1 Jahr 6 Monaten, die übrigen vier zu je 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurtheilt; außerdem wurde für jeden auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren und die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt.

#### Ausstellungen.

Die „Königliche Zeitung“ schreibt in ihrer Nr. 68 vom 9. März Folgendes:

Berlin, 7. März. Wenn irgendwo, so mußte die Idee einer Jagdausstellung, wie eine solche augenblicklich in Cleve vorbereitet wird, in Berlin zünden, wo man die Erfolge einer Fischerei-Ausstellung noch frisch vor Augen hat und täglich vor Augen sieht. Das große Publikum hat freilich selten eine Ahnung davon, ein wie reichhaltiges und interessantes Bild sich unter so einfacher Betitelung zu verbergen pflegt. Hat doch auch mancher Ehrenmann über die hiesige Fischerei-Ausstellung die Äpfeln geguckt, ist der Langeweile halber einmal hingegangen und konnte hinterher nicht Worte genug für seine angenehme Ueberraschung finden. Es gilt eben noch fast auf allen Gebieten des volkswirthschaftlichen Lebens, den Vorsprung wieder einzubolen, den andere Nationen, Franzosen, Engländer, Belgier, vor uns voraus haben; es gilt, der Menge die Augen zu öffnen über die natürlichen Hilfsmittel des eigenen Landes, vernachlässigte Erwerbszweige wieder zu Ehren zu bringen, schlummernde Bedürfnisse zu wecken, die Mittel der Befriedigung derselben zu mehren und durch die Wechselwirkung von Bedürfnis und Befriedigung

unsere Gestattung vorwärts zu bringen. In Berlin aber regen sich für diese Kulturarbeit auf allen Gebieten rüstige Hände, eifrige Geister.

Die von dem strebsamen Leiter des Unternehmens hier gegebenen Anregungen sind auf den fruchtbarsten Boden gefallen. Es hat sich ein Komitee unter Vorh. des Geheimen Regierungsraths Kayser gebildet, nach Art der in anderen größeren Städten konstituirten Lokal-Komitees, das in eifrigster Weise die Betheiligung Berlins und seiner reichen Schätze zu befördern begonnen hat. Was hier von Geräthen und Meistwürdigkeiten des Waldwerkes in Schlössern und Palästen vorhanden ist, genügt schon allein zu einer vollständigen Ausstellung. Bereits hat sich der hiesige jagdlich-tyologische Verein mit dem „Prüfungs-Klub für Jagd- und Hühnerhunde“ der Sache angenommen und beschlossen, in Cleve ein ähnliches Prüfungsschießen für Dachshunde in Scene zu setzen, wie diejenigen, die in Berlin so großen Erfolg gehabt haben. Kein Zweifel, daß den trägen Elementen der menschlichen Natur entsprechend auch dieses Unternehmen auf Hindernisse und Mißtrauen stoßen wird. Wie bei der Fischerei-Ausstellung, wird man den volkswirthschaftlichen Nutzen erst hinterher einsehen, wenn früher Etnisch viel Größeres hätte schaffen können. Es gilt aber auch, dem Jagdwilde gegenüber eine Menge trüber Vorurtheile zu beseitigen, des Wildes Nutzen und Schaden ins rechte Licht und Verhältnis zu stellen, diesen üppigen Quell des nationalen Reichthums zugleich zu öffnen und richtig einzudämmen, der Zerstörung der Wildbähnen vorzubeugen und überhaupt einen bisher nur dilettantisch behandelten Zweig des volkswirthschaftlichen Lebens zu der Wichtigkeit und rationalen Behandlung emporzubringen, den man demselben in anderen Ländern angedeihen läßt. In Bezug auf Jagd steht Deutschland noch in einem Zustande der Halbkultur, der unserer sonstigen politischen Stellung nicht mehr würdig ist. Es heißt aber in allen Dingen: „Durch das Schöne das Gute“. Der Anfang ist wichtig, darum mag jeder Jagdfreund, der irgend etwas Lehrsreiches und Interessantes beizutragen hat, — ein seltenes Geweih, eine abnorme Rehfrone, eine schöne, seltene Büchse, einen Hirschkäfer aus der Steinzeit — seinen Schatz nicht verstauben lassen.

#### Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 28. März. Das hiesige Seeamt hat heute über den am 4. v. M. bei Kugelbaaf stattgehabten Zusammenstoß zwischen dem Dampfer „City of Dublin“ und dem Lloyd-Dampfer „Kronprinz Friedrich Wilhelm“ verhandelt und die „City of Dublin“ vollständig freigesprochen. Der größte Theil der Schuld an der Kollision wird in dem Urtheilspruch dem Führer des Lloyd-Dampfers „Kronprinz Friedrich Wilhelm“ zur Last gelegt.

Frier, 28. März. Dem Vernehmen nach ist bei der heute stattgehabten Wahl der Generalvikar Dr. de Lorenzi zum Kapitularklar gewählt worden.

Wien, 28. März. In dem Prozesse gegen Ed. und Kucheneiter wegen Fälschung von Obligationen der bairischen Vereinsbank wurden die beiden Angeklagten zu je fünf Jahren schweren Kerfers und Landesverweisung verurtheilt.

London, 28. März. Nachrichten aus Capetown vom 27. d. zufolge machte eine Abtheilung von ca. 500 Basutos einen Einfall in Boleka im Basutoland und raubte eine große Anzahl Pferde, Rinder und anderes Vieh. Die Verluste der Kolonialtruppen sind nur unbedeutend.

London, 28. März. Unterstaatssekretär Dille erklärte, er habe guten Grund zu glauben, daß die christliche Bevölkerung des Gebietes, dessen Abtretung an Griechenland in Berlin vorgeschlagen worden sei, sechs Siebentel der gesamten Bevölkerung und in Thessalien noch weit mehr ausmache und daß dieselbe einstimmig für die Annexion sei. Er hoffe, die Muselmänner, welche etwa unter griechischer Herrschaft kommen, würden größere Sicherheit der Person und des Eigentums haben, als dies bisher der Fall gewesen; außerdem würden sie hinreichende Garantien für ihre Religion und ihre bürgerlichen und politischen Rechte erhalten, welche der Vorkämpfer Russel in der fünften Sitzung der Konferenz stipulirte.

Petersburg, 28. März. Der deutsche Kronprinz wohnte heute Vormittag der Investitur des Kaisers mit dem Hofenbandorden bei und nahm darauf mit den Majestäten das Frühstück ein. Gestern hatte der Kronprinz bei dem deutschen Botschafter dinirt und war Abends einer Einladung der Majestäten zum Thee gefolgt.

Petersburg, 28. März. Der deutsche Kronprinz hat heute Nachmittag 4 Uhr mittelst Extrazuges die Rückreise nach Berlin angetreten. Bei der Abreise des deutschen Kronprinzen waren am Bahnhof anwesend: Die Großfürsten Wladimir, Alexis und Sergius Alexandrowitsch, Nicolai Nicolajewitsch der Ältere, Michael Nicolajewitsch und Nicolaus Michailowitsch, ferner der Herzog von Leuchtenberg, der Minister der Wege- und Verkehrsanstalten und der Stadthauptmann.

Bukarest, 28. März. Heute hat die Stadt seit früh Morgens Festschmuck angelegt; um 11 Uhr Vormittags fand in der Metropolitankirche ein feierliches Teudeum statt, welchem der König, die Königin, die Würdenträger des Staates und eine große Volksmenge beiwohnten. Später wurde ein anderes Teudeum zu Ehren des Kaisers Alexander III. von Rußland abgehalten.

Der Staatsrath Calindero wird sich in einer Spezialmission nach Paris begeben.